

E: 10.06.2014

A-273/2011-2016



Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jakob Ernst Kandel
35415 Pohlheim

Pohlheim, 08.06.2014

Projektierung einer „Generationenbrücke“ in Pohlheim

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

namens der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen bitten wir um Aufnahme nachfolgenden Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für Pohlheim soll eine „Generationenbrücke“ projektiert werden.
2. Zur Vorbereitung soll eine interfraktionelle Arbeitsgruppe der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet werden, für die jede in der StaVo vertretene Partei einen Vertreter/eine Vertreterin sowie eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter benennt. Die Vertreterin/Der Vertreter sowie deren Stellvertreterin/Stellvertreter müssen der StaVO der Stadt Pohlheim angehören. Die Gruppe wählt einen Sprecher/ eine Sprecherin und regelt deren Stellvertretung. Die konstituierende Sitzung wird vom Vorsitzenden des SKS einberufen.
3. Mit beratender Stimme sollen je ein Vertreter/eine Vertreterin des Magistrats, des Seniorenbeirates, des Ausländerbeirates, des Gesamtelternbeirates der Kindertagesstätten, der Vereine „Betreute Grundschule“ und der Adolf-Reichwein-Schule beteiligt werden.
4. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, mit anderen Institutionen wie Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Kirchengemeinden, den Vereinen und anderen bürgerschaftlichen Initiativen Gespräche zu führen, um mögliche Kooperationspartner zu gewinnen.
5. Darüber hinaus sind Erfahrungsberichte von Kommunen einzuholen und in die Beratung einzubeziehen, die bereits eine derartige Einrichtung etabliert haben.

6. Die Arbeitsgruppe soll bis zum Beginn der Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 der Stadtverordnetenversammlung einen ersten Bericht vorlegen, der auch Vorschläge für den zu verabschiedenden Haushalt enthalten soll.
7. Dabei ist auch zu klären, ob und inwieweit Finanzierungshilfen etwa des Landes und das Landkreises beantragt werden können. Auch Freie Träger bzw. Vereine sind zu befragen, ob und inwieweit sie sich bei diesem Projekt finanziell beteiligen können bzw. wollen. Auch sonstige „Sponsoren“ sollen willkommen sein.

Begründung:

Die wechselseitigen Hilfen und Unterstützungen zwischen den Generationen stellen einen wichtigen ‚Kitt‘ jeder Gesellschaft dar. Der Staat und die Kommunen können und wollen diese intergenerative Leistung für die Gesellschaft nicht ersetzen. Es kann nicht alles Soziale Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Aber die öffentlichen Hände müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Wirtschaftsleben eine immer größere auch räumliche Flexibilität der Beschäftigten erfordert, so dass der intergenerative Zusammenhalt schwieriger geworden ist: Beschäftigte pendeln aus bzw. müssen wegziehen, Neubürgerinnen und Neubürger ziehen nach Pohlheim, ohne verwandte Bezugspersonen in ihrer Nähe zu haben, alteingesessene Ältere bleiben hier. Hinzu kommen Lebensentscheidungen, die neben ihren positiven Elementen auch Probleme bei der Bewältigung von Alltagsaufgaben schaffen. Die Kommune ist und bleibt der Ort, an dem diese Alltagsprobleme auftreten und wo sie gelöst werden müssen: in Nachbarschaftshilfe, in Vereinen, in kirchlichen Kontexten und in der politischen Gemeinde. Dabei gibt es keine Patentrezepte, es muss vielmehr danach gefragt werden: Was wird gebraucht und was können wir leisten. Kleinkinder etwa müssen in bestimmten Situationen außerhalb der offiziellen Einrichtungen zusätzlich betreut werden, bestimmte Kinder bedürfen außerhalb der Schule besonderer Förderung, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger benötigen konkrete Unterstützung beim Einkauf, kleinen Handreichungen in ihrem Haushalt, Berufstätige benötigen Entlastungen etc. – um nur einige Beispiele zu zeigen.

Der vorgelegte Antrag will erreichen:

1. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bekommen die Möglichkeit, zusammen mit den politisch Verantwortlichen zu bedenken, zu planen und ggf. umzusetzen, was notwendig ist, um das Zusammenleben zukunftsfähig und nachhaltig zu gestalten.
2. Das Rad soll nicht neu erfunden werden: Erfahrungen anderer Kommunen werden eingeholt.
3. Die Vereine, die eine wichtige Aufgabe in unserer Kommune wahrnehmen, sollen gebeten werden zu prüfen, inwieweit sie ihre Tätigkeiten in ein größeres Konzept gemeindlichen Lebens einbauen können und wollen.
4. Darüber hinaus werden unsere Bürgerinnen und Bürger – einzeln oder in Gemeinschaft – ermutigt zu überlegen, wie sie intergenerativ das Zusammenleben in ihrem Wohnumfeld mitgestalten können.

Der Antrag ist ergebnisoffen, nicht aber zeitlich offen: Mit dem Haushaltsjahr 2015 soll die Initiative starten. Die Generationen müssen die Sicherheit erhalten bzw. wiedergewinnen, dass ihnen durch die anderen Generationen geholfen werden kann. Es entsteht keine neue Pflichtaufgabe der Kommune,

es geht vielmehr um die Verpflichtung *aller* in einer Kommune, ihren Beitrag zum *gelingenden Zusammenleben der Generationen* anzubieten.

Auch die Kommune wird ihren Beitrag leisten: beratend, unterstützend, planend und auch mit Haushaltsmitteln. Deren Höhe ist allerdings derzeit noch nicht festlegbar, sollte und muss aber im Blick bei der Haushaltsberatung 2015 präziser bestimmt werden. Im Haushaltsjahr 2015 wird es um einen Einstieg gehen, nicht um eine endgültige Festlegung.

gez. Karl-Rainer Philipp
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

gez. Eckart Hafemann
Fraktionsvorsitzender
Grüne-Fraktion